

Privatschulen: Für oder gegen die Freiheit?

Ob Chancengleichheit im Schulwesen und Unterstützung von Privatschulen vereinbar sind, fragt Camille Putz, gleichzeitig Lehrer in einer öffentlichen Sekundarschule und Vorstandsmitglied der Waldorfschule, in einem langen offenen Brief (online unter www.woxx.lu nachzulesen). Er kritisiert den derzeit zirkulierenden "Appell fir d'öffentlech Schoul" und warnt davor, dass zu viel Gleichheit jede Innovation töte. Der mit "Lasst tausend Blumen blühen" überschriebene Brief setzt auf pädagogische Freiheit und eine Abkehr vom "edukativen Darwinismus". Unabhängig davon, wie man die Argumentation im Detail bewerten mag, erinnert der Brief daran, dass es innerhalb der öffentlichen Schule nicht nur finanzielle sondern auch strukturelle Probleme gibt. Und dass sich unter den Privatschulen neben den konfessionnell gebundenen auch solche mit alternativen Konzepten finden.

Pascal Lamy, docteur ès privatisations

L'Assemblée générale des étudiants de Louvain (AGL) s'insurge contre le projet de décerner à Pascal Lamy, commissaire européen au commerce extérieur, le titre de docteur honoris causa de l'Université catholique de Louvain. Une pétition a été lancée, dans laquelle il est reproché à Pascal Lamy et à la Commission de contribuer "à aggraver les excès et les dérives inhérentes à la globalisation néolibérale, tels que la paupérisation croissante d'une large partie des populations du sud et la marchandisation progressive et insidieuse des espaces et des biens publics partout dans la planète." Les négociations sur le nouvel accord AGCS (voir notre dossier), visant entre autres à libéraliser le "marché de l'éducation" inquiètent particulièrement l'AGL. La pétition conclut qu'une université bénéficiant largement des ressources publiques n'a pas à donner une caution symbolique à celui qui, par son rôle institutionnel, négocie dans le plus grand secret et au mépris des règles de consultation des citoyens.

www.agl.ucl.ac.be/honoriscausa2003

Europa nicht besser als Amerika?

Kritik an der Rede von Oskar Lafontaine bei der Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum in Davos übt die "Aktion Dritte Welt Saar" in einem communiqué. Sie wirft dem Ex-SPD-Vorsitzenden vor, bei seiner - sachlich richtigen - Kritik an den USA die Rolle Europas weitestgehend auszublenden und den USA die Schuld an allen Weltübeln zu geben. Weiter heißt es: "Europa ist für die Aktion Dritte Welt Saar nicht der Hort der Menschenrechte, während nur die US-Politik Kolonialismus betreibt. Eine Kritik an der Globalisierung, die mit billigen antiamerikanischen Klischees arbeitet, schadet der globalisierungskritischen Bewegung. Die neoliberale Globalisierung wird von den USA ebenso wie von den Staaten der EU betrieben."

Neues Stachelkleid für Kéisecker-Info

Das Informations-Bulletin für Mitglieder des Mouvement écologique, der "Kéisecker-Info", präsentiert sich in seiner ersten Ausgabe 2003 in neuem Gewand. Ohne Mehrkosten habe man auf Vierfarbendruck umstellen können, schreibt der Mouvement, und so habe man auch ein neues, übersichtlicheres und spritzigeres Layout-Konzept ausgearbeitet. Schwerpunktthema in der tatsächlich sehr ansprechenden Nummer 1/2003 ist - wieder einmal - das BTB-Projekt. Außerdem erhält man Informationen über die Reform des Kommodo-Gesetzes und den Ausbau des Flughafens sowie eine Bilanz des "Dag ouni Auto".

www.emweltzenter.lu

MOBILISIERUNG GEGEN DEN KRIEG

Einigkeit mit Hindernissen

Die Anti-Kriegs-Demonstration vom 15. Februar rückt näher. Wir berichten über den Stand der Vorbereitungen und drucken den Appell der Luxemburger Koordination gegen den Krieg ab.

(RK) - Nach drei gut besuchten Koordinationssitzungen nimmt die Demonstration vom 15. Februar langsam Gestalt an. Für den Text des Appells und den Ablauf der Veranstaltung wurden Kompromisse gefunden - eine letzte Sitzung findet am kommenden Montag statt. Schwierigkeiten bereitete vor allem die Tatsache, dass einige TeilnehmerInnen in ihrem persönlichen Namen mitdiskutier-

ten, andere kleine Organisationen vertraten, und wiederum andere für Massenorganisationen am Tisch saßen. Dies hatte Paola Peebles, Koordinatorin des belgischen Sozialforums, bereits bei ihrer Konferenz im Dezember als typisches Merkmal der Strukturen der neuen sozialen Bewegungen hervorgehoben (siehe [woxx](#) Nr. 672).

Richtig hitzig wurde die Debatte, als es darum ging, wer auf der Demonstration reden darf. "Ohne uns seid ihr gar nichts", warfen sich Vertreter von neuen Bewegungen und alten Strukturen gegenseitig an den Kopf. Es gab aber auch immer wieder Appelle, solche lächerlichen Streitigkeiten zurückzustellen, wo es doch um die Sache - noch dazu den Frieden - gehe. Als Hauptredner konnte man sich auf eine nicht parteipolitisch gebundene

Persönlichkeit einigen. Daneben sollen zwei bis drei VertreterInnen der Bewegungen zu Wort kommen und die vier teilnehmenden Parteien eine Grußadresse vortragen.

In dem Maße, wie es das erklärte Ziel der Luxemburger InitiatorInnen der Demonstration war, eine breite Mobilisierung zu erreichen, ist es nicht verwunderlich, dass der Text des Appells, verglichen mit ausländischen Aufrufen, sehr lasch ausgefallen ist: keine Spur von Verweigerung der Überflugrechte, kein Wort über das Wirtschaftsembargo, und eine zweideutige Haltung zur Eventualität eines UN-mandatierten Krieges.

Angesichts der breiten Ablehnung eines Krieges, ob mit oder ohne Mandat, in der Luxemburger Bevölkerung - 59 Prozent laut Gallup-Umfrage - bleibt die Frage, ob solche Konzessionen notwendig waren, offen. Erreicht wurde, dass LSAP und OGBL den Aufruf unterschrieben haben und vor allem, dass sie mobilisieren wollen, damit ihre Mitglieder auf die Straße gehen. Auch Unterstützung seitens katholischer Organisationen zeichnet sich ab. Weniger einmütige Freude wird die Unterschrift des ADR bereiten, die nach unseren Informationen der Koordination vorliegt. Und was, wenn Charles Goerens oder Jean-Claude Juncker unterschreiben würden? Verschiedene Mitglieder der Koordination sehen das als durchaus wünschenswert an, für andere wäre es ein Alptraum.

(siehe auch unseren Kommentar Seite 1).



Friedensdemo vom 19. Oktober 2003. Erklärtes Ziel der Koordination für den kommenden 15. Februar ist eine breitere Mobilisierung. (Foto: woxx)

Für den Respekt des Völkerrechts, Nein zum Krieg gegen den Irak

Zu Beginn dieses Jahres 2003 macht sich die Welt Sorgen vor einem drohenden neuerlichen Golf-Krieg. Obwohl die UNO-Inspektoren ihre Nachforschungen und Inspektionen im Irak fortsetzen, droht die Regierung von George Bush weiterhin mit einer Invasion und entfaltet ein bedrohliches Militärarsenal rund um den Irak. Es wird immer deutlicher, dass das wirkliche Ziel der US-Regierung nicht die Suche nach einer friedlichen, demokratischen und gerechten Lösung für den Irak und die Länder des Nahen Ostens ist, sondern im Gegenteil den Versuch darstellen, mit militärischer Gewalt eine Lösung durchzusetzen, die ihren politischen, wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen entspricht.

Die Folgen einer militärischen Invasion des Irak wären mehrfach verheerend:

- Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende tote oder verletzte Soldaten wie Zivilisten, Frauen und Kinder,
- eine nachhaltige Schwächung der Rolle der UNO für die Suche nach friedlichen Konfliktlösungen,
- massive und fürchterliche Zerstörungen, Verwüstungen und Kontaminierungen,
- Gefahr einer Kriegsausweitung oder von Bürgerkrieg in vielen islamischen Ländern und im Nahen Osten,
- neues Auflodern von Terrorismus mit noch tödlicheren Folgen im Nahen Osten und in der Welt,
- eine Verschlimmerung der israelisch-palästinensischen Krise, vorwiegend zum Nachteil der palästinensischen Bevölkerung.

Angesichts all dieser Gefahren und in der Überzeugung, dass nur diplomatische Schritte und friedliche Lösungen dazu führen können, die Irak-Krise zu entschärfen, haben soziale und Friedensbewegungen die europäischen Völker dazu aufgerufen, am 15. Februar 2003 auf die Straße zu gehen. **Die unterzeichnenden Vereinigungen** und politischen Parteien Luxemburgs unterstützen diese Idee und treten ein für den Frieden sowie für eine friedliche Lösung der Irak-Krise. Sie verlangen von der Luxemburger Regierung, jede Kriegslogik zurückzuweisen und zweifelsfrei für eine friedliche Lösung in allen internationalen Organisationen einzustehen. Sie **rufen die Bevölkerung Luxemburgs und der Großregion, die die Kriegslogik zurückweist, zur massiven Beteiligung an einer Demonstration für den Respekt des Völkerrechts und gegen einen Krieg gegen den Irak auf, die am Samstag, 15. Februar 2003 in Luxemburg stattfindet. Treffpunkt: Hauptbahnhof Luxemburg, 15 Uhr.**

Jugend fir Fridden a Gerechtegheet, Friddensinitiativ, Comité pour une paix juste au Proche-Orient, Life, Infoladen, KPL, Déi Gréng, Déi Jonk Gréng, LSAP, Déi Lénk, Greenpeace, Forum Social Luxembourggeois, JSL, NGL, CLAE, UNEL, OGBL, DGB Trier, DGB Saar, AGF Trier, ATTAC Luxembourg, Les Amis du Monde diplomatique, Iwerliewen fir bedréite Völker. (Stand: 30.1.03)